

Interpellation: PFAS-Belastungen im Kanton Uri – Stand der Untersuchungen und weiteres Vorgehen

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) sind synthetische Chemikalien mit wasser- und fettabweisenden Eigenschaften. Sie werden unter anderem in Reinigungsmitteln, Industrieprodukten, Feuerlöschschäumen, Skiwachsen eingesetzt oder im Klärschlamm ersichtlich. Da PFAS sehr schlecht abbaubar sind, werden sie auch «Ewigkeitschemikalien» genannt. Einzelne PFAS gelten als toxisch und können bereits in geringen Konzentrationen gesundheitliche Schäden verursachen.

Das Amt für Umwelt hat 2022/2023 im Kanton Uri an verschiedenen Standorten Proben entnommen, insbesondere an Orten mit potenziell erhöhter Belastung wie Löschübungsplätzen, Wintersportanlagen oder Industriegebieten. Dabei zeigte sich, dass die Belastung zwischen den Standorten stark variiert. Besonders hohe Belastungen wurden dort festgestellt, wo regelmässig Löschschäume eingesetzt wurden. Es wurde erwähnt, dass teilweise weitere alllastenrechtliche Abklärungen vorgesehen sind.

Zusätzlich wurde das Grundwasser an zehn Messstellen untersucht. In den meisten Fällen konnte keine PFAS-Belastung nachgewiesen werden. Bei einem Grundwasserpumpwerk wurde jedoch der empfohlene umweltrechtliche Beurteilungswert überschritten, weshalb zusätzliche Untersuchungen durchgeführt werden.

Kürzlich wurde zudem bekannt, dass auf dem Spielplatz Bernarda in Altdorf aufgrund erhöhter PFAS-Werte eine Rasenfläche gesperrt werden musste, um insbesondere Kleinkinder vor dem direkten Kontakt mit belastetem Boden zu schützen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat gestützt auf Artikel 127 der Geschäftsordnung des Landrates (RB 2.3121) um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche weiteren Abklärungen oder Untersuchungen wurden seit den bisherigen PFAS-Messungen im Kanton Uri eingeleitet oder durchgeführt?
2. Ist geplant, PFAS künftig regelmässig im Trinkwasser, im Grundwasser oder in Oberflächengewässern zu überwachen?

3. Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat zur PFAS-Belastung auf dem Spielplatz Bernarda in Altdorf vor und wie wird das Risiko insbesondere für Kinder beurteilt? Werden im Kanton Uri weitere Spielplätze, Schulareale oder andere öffentlich zugängliche Flächen auf PFAS-Belastungen untersucht oder sind solche Untersuchungen geplant?
4. Welche Auswirkungen könnten PFAS-Belastungen langfristig auf Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion und Böden im Kanton Uri haben?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat den Handlungsbedarf bei Standorten mit erhöhten PFAS-Belastungen, insbesondere bei ehemaligen oder aktuellen Löschübungsplätzen?
6. Bei welchen Standorten sind aufgrund der bisherigen Resultate vertiefte altlastenrechtliche Untersuchungen vorgesehen? Welche Konsequenzen können sich aus den bisherigen Erkenntnissen für betroffene Standorte ergeben (z. B. Sanierungen, Nutzungseinschränkungen oder Monitoringpflichten)?
7. Welche Massnahmen sind vorgesehen, um den Einsatz PFAS-haltiger Löschschäume im Kanton Uri zu reduzieren oder zu vermeiden?
8. Nach welchem Prinzip würden mögliche Sanierungen finanziert (z. B. Verursacherprinzip, Beteiligung von Bund oder Kanton)?
9. Wie werden Gemeinden, betroffene Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sowie die Bevölkerung über mögliche Belastungen informiert?

Ich danke dem Regierungsrat auch im Namen der Mitunterzeichnenden für die Beantwortung dieser Fragen.

Erstunterzeichnerin:




Luzia Gisler

Landrätin GLP Uri



Loa Wild

Landrätin GLP Uri



Noel Baumann

Landrat GLP Uri